

Arbeitsgemeinschaft für geschichtliche Landeskunde am Oberrhein e.V.

(528.) Protokoll über die Arbeitssitzung am 18. Januar 2013

Anwesend: **Balharek**, Christa, Karlsruhe; **Broeker**, Gudrun, Karlsruhe; **Cämmerer**, Dr. Bernhard, Karlsruhe; **Dochnahl**, Helmut, Mosbach; **Dombi**, Hilda, Karlsruhe; **Drollinger**, Dr. Kuno, Karlsruhe; **Exner**, Dr. Peter, Bretten; **Furtwängler**, Dr. Martin, Karlsruhe; **Gilg**, Johanna, Bruchsal; **Gutjahr**, Rainer, Karlsruhe; **Gutjahr**, Margot, Karlsruhe; **Hansmann**, Wolfgang, Karlsruhe; **Hennl**, Dr. Rainer, Karlsruhe; **Herrbach-Schmidt**, Dr. Brigitte, Karlsruhe; **Krimm**, Prof. Dr. Konrad, Karlsruhe; **Laubscher**, Rosmarie, Karlsruhe; **Leonhardt**, Volker, Karlsruhe; **Müller**, Dr. Leonhard, Karlsruhe; **Pohl**, Monika, Karlsruhe; **Rödel**, Prof. Dr. Volker, Karlsruhe; **Roellecke**, Elga, Karlsruhe; **Schillinger**, Erich, Karlsruhe; **Schmidt**, Dr. Rüdiger, Karlsruhe; **Zimmermann**, Prof. Dr. Wolfgang, Karlsruhe.

Vortrag von **Dr. Martin Furtwängler, Karlsruhe**

über

**„...ganz ohne Eitelkeit und Machtgier“. Der erste badische
Staatspräsident Anton Geiß (1858-1944)**

Sehr geehrte Damen und Herren,

der französische Kaiser Napoleon Bonaparte soll des öfteren von sich gesagt haben: „Ich bin einer von jenen Leuten, die alles durch sich selbst, nichts durch ihre Ahnen sind“. Nun hat der badische Staatspräsident Anton Geiß im Ganzen betrachtet wenig mit dem Kaiser der Franzosen gemein, doch ist er gewiss einer von „jenen Leuten“, die Napoleon hier anspricht, denn auch seine Karriere führte ihn aus einfachen Verhältnissen an die Spitze eines Staates: von einem Hirtenjungen, Schreinergehilfen und Arbeiter stieg er Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts zum Stadtrat von Mannheim auf, zum Landtagsabgeordneten, Vorsitzenden der SPD in Baden, zum langjährigen Vizepräsidenten der zweiten Kammer der badischen Landstände, zum Ministerpräsidenten der

provisorischen badischen Regierung in der Revolution 1918 und schließlich zum ersten badischen Staatspräsidenten.

Doch trotz dieser bemerkenswerten Karriere ist das Leben und Wirken von Anton Geiß in der Nachwelt weitgehend in Vergessenheit geraten. Auch in der historischen Forschung fand er bislang wenig Beachtung. Außer einigen kürzeren biographischen Artikeln erscheint er in vielen Abhandlungen sowohl über die Spätphase der Monarchie in Baden wie auch über die Zeit der Weimarer Republik allenfalls als Randfigur.

Anton Geiß etwas näher zu beleuchten, soll daher das Ziel des heutigen Vortrags sein. Die Quellenbasis für die Beschäftigung mit Geiß ist heute recht gut, da das Generallandesarchiv vor einigen Jahren aus Privatbesitz die handschriftliche Autobiographie von Anton Geiß erworben hat. Diese hatte er wenige Jahre nach seinem Rückzug aus der Politik Mitte der 1920er Jahre verfasst.

Herkunft, Familie und Beruf

Anton Geiß wurde am 11. August 1858 in Rettenbach, einem kleinen Dorf im bayerischen Allgäu, geboren. Sein Vater besaß dort einen bescheidenen landwirtschaftlichen Betrieb. Die Familie war streng katholisch. Mit seinen beiden Geschwistern unterstand er einem ziemlich harten und - will man seiner Autobiographie glauben - auch lieblosen Regiment seines Vaters. Dementsprechend war Geiß' Verhältnis zum Vater zeitlebens gespannt, das zu seiner Mutter hingegen von großer Zuneigung geprägt. Das Einkommen der Familie war kärglich, weshalb der junge Anton sich schon im Alter von sieben Jahren als Hirtenjunge verdingen musste, um, wie er schreibt, „am elterlichen Tisch für mich das Essen zu sparen“. Sieben Jahre lang lebte er jeweils von Ende April bis Martini mehr als 20 Kilometer von seiner Familie entfernt, um für fremde Bauern das Vieh zu hüten. Geiß empfand dies als sehr hartes und bedrückendes Dasein. Doch offensichtlich hat ihn das nicht gebrochen, sondern ihm eine gewisse Willensstärke verliehen. Denn in der Frage seiner beruflichen Ausbildung konnte er sich gegen den Vater durchsetzen. Der hatte von ihm verlangt, Metzger zu werden, doch Anton Geiß begann schließlich wunschgemäß eine Lehre als Schreiner. Nach deren erfolgreichem Abschluss ging er im Herbst 1874 als

Handwerkgeselle auf Wanderschaft. Doch schon nach gut einem Jahr unterbrach er seiner Mutter zuliebe die Reise, um in seinem Heimatort eine Schreinerei zu übernehmen. Hintergrund war eine Notlage der Familie, deren Haus durch einen Brand zerstört worden war. Geiß half seinen Eltern beim Wiederaufbau und arbeitete auf dem elterlichen Bauernhof mit. Doch der Drang, die Enge des Heimatdorfes zu verlassen, blieb bestehen. Er wollte in der Fremde Erfahrungen sammeln, um sich „dereinst als gereifter Geschäftsmann [...zu] etablieren“. So setzte Geiß im Jahr 1879 seine Wanderschaft fort. Sie führte ihn an den Bodensee und in die Schweiz, über den Schwarzwald ins Elsass und ins Rheintal. Sie endete schließlich in Ludwigshafen am Rhein und Mannheim, wo sich Geiß niederließ, obwohl er ursprünglich vorgehabt hatte, in München seinen späteren Lebensmittelpunkt zu finden. In Mannheim heiratete er im Jahr 1886 auch seine Frau Karolina aus dem pfälzischen Linden, mit der er offensichtlich eine äußerst glückliche Ehe führte. Das Paar bekam drei Söhne, von denen zwei das Kindesalter überlebten. Geiß arbeitete mal links mal rechts des Rheins in verschiedenen Betrieben. Zunächst wohnte die Familie in Ludwigshafen, ehe 1891 der Umzug nach Mannheim erfolgte. 1893 machte sich Geiß als Bauschreiner und Parkettleger selbständig, bevor er schließlich am 1. September 1895 in Mannheim seine erste Gastwirtschaft übernahm. Dieses Metier als Gastwirt sollte er bis 1919 betreiben, ehe er dieses Geschäft an seinen jüngeren Sohn Franz übergab.

Sozialdemokrat und Abgeordneter

Wohl schon zu Beginn seines Berufslebens war Anton Geiß an politischen Dingen interessiert und kam bereits während seiner Wanderzeit in Kontakt mit allen möglichen Gesellenvereinen, Arbeiterfortbildungsvereinen oder auch dem Hirsch-Dunckerschen Gewerkverein. Anschließen wollte er sich jedoch keinem von diesen. Erst nach seinem Eintreffen im Rhein-Neckar-Raum änderte sich dies. Offenbar durch Freunde, die er hier kennen gelernt hatte, wurde sein Interesse für die Arbeiterbewegung und den Sozialismus geweckt. 1887 trat Anton Geiß schließlich in Ludwigshafen der SPD bei. Die sozialdemokratischen Vorstellungen und Ideen setzten wohl auch seinen Wissensdurst frei, denn er unternahm nun große Anstrengungen, um im Selbststudium seine allgemeine wie seine politische Bildung zu erweitern. Vor allem aber blieb Anton Geiß' Hinwendung zur

Arbeiterbewegung nicht auf passives Interesse beschränkt, sondern er engagierte sich aktiv - sowohl in der SPD wie auch in den Gewerkschaften. Von der Partei wurde er zum Agitationsredner ausgebildet und als solcher auf diversen Versammlungen eingesetzt. Nach dem Fall des Sozialistengesetzes 1890 nahm dieser Einsatz als Parteiredner in der Pfalz ein so großes Ausmaß an, dass Geiß nach eigenen Angaben kaum mehr ein Wochenende frei hatte.

Allerdings wollte er sich der Partei nicht mit Haut und Haaren verschreiben. Als Geiß 1891 aus beruflichen Gründen seine Übersiedlung nach Mannheim ankündigte, mochte insbesondere Franz Josef Ehrhart, die führende Persönlichkeit der pfälzischen SPD, auch genannt der „rote Pfalzgraf“, auf den einsatzfreudigen Geiß nicht verzichten. Er bot ihm an, für ihn in der Partei einen Posten zu schaffen, der es ihm erlauben würde, seine Tätigkeit als Arbeiter in der Fabrik aufzugeben. Geiß lehnte ab. Wie er selbst in seinen Erinnerungen betont, wollte er nicht „Knecht der Knechte“ sein. Er glaubte, dass für einen „freiheitlich gesinnten Mann“ wie ihn eine solche Stellung, die auch eine große Abhängigkeit von den eigenen Gesinnungsgenossen mit sich brachte, nicht lange auszuhalten wäre.

Andererseits war Geiß aber durchaus bereit, für die Partei an die Grenzen des Möglichen zu gehen. Dies zeigte sich, als die Mannheimer SPD den neu zugezogenen Genossen drängte, sich auch rechts des Rheins politisch zu engagieren. Zwar waren mit dem Auslaufen des Sozialistengesetzes die rechtlichen Beschränkungen für die politischen Aktivitäten der SPD aufgehoben, doch wurde die Partei in Baden vor allem seitens der Unternehmer weiterhin unter Druck gesetzt. Zu deren Maßnahmenkatalog gehörte insbesondere die Entlassung aktiver Sozialdemokraten. Geiß, damals als Arbeiter bei Heinrich Lanz beschäftigt, wollte daher aus Verantwortung gegenüber seiner Familie nicht mehr öffentlich für die SPD auftreten. Derartige Abgrenzungen gegenüber der Partei durchziehen die Autobiographie von Anton Geiß. Sie endeten aber eigentlich immer damit, dass Geiß dem Drängen der sozialdemokratischen Parteifreunde nachgab. So auch hier: Um der Entdeckung zu entgehen, trat er in Mannheim zunächst unter falschem Namen als „Genosse Weiß“ auf, bevor er sich 1893 beruflich selbständig machte. Das Geiß innewohnende Freiheitsbedürfnis fand also sein Gegenstück in einem starken Gefühl der moralischen Verpflichtung und der Loyalität gegenüber der Sozialdemokratie.

Eine weitere Gemengelage privater und politischer Verpflichtungen existierte für den Sozialdemokraten Anton Geiß in der Frage der Religion. Entgegen einem damals weit verbreiteten Usus unter führenden Genossen trat er Zeit seines Lebens nicht aus der katholischen Kirche aus. Ob er deshalb innerparteiliche Anfeindungen hinnehmen musste, ist nicht bekannt, aber durchaus möglich. Dass Geiß selbst jedoch gläubiger Katholik war, darf bezweifelt werden. In seinen Lebenserinnerungen jedenfalls spielt die Religion keine Rolle. Und wie der spätere badische Staatspräsident Heinrich Köhler in seinen Erinnerungen erwähnt, hat Geiß seinen Glauben nicht ausgeübt. Entscheidend für seinen Verbleib in der Kirche dürfte für Anton Geiß vielmehr die Rücksichtnahme auf die tiefe Religiosität sowohl seiner Frau als auch seiner Eltern und Geschwister im Allgäu gewesen sein. Wie streng die Familie in Bayern in religiösen Dingen war, musste Geiß 1910 erleben, als er im Landtag die Zuwendungen des badischen Staates an die verschiedenen Religionsgemeinschaften im Namen seiner Partei ablehnte. Seine Familie in Rettenbach erfuhr davon wohl aus einem politisch-katholischen Blatt, welches das Vorgehen der SPD offensichtlich in dem damals üblichen übertriebenen Jargon angeprangert hatte. Geiß' Schwester Annemarie jedenfalls warf ihm daraufhin vor, er „hätte im Landtag die Religion verschändet“ und wollte daraufhin jede Beziehung zu ihm abbrechen. Geiß bemühte sich, die Wogen zu glätten und die Sache richtig zu stellen und ließ ihr deshalb einen stenographischen Bericht seiner Rede zukommen: Jedoch wohl nur mit geringem Erfolg, denn der briefliche Kontakt zwischen beiden scheint in der Folgezeit sehr zurückgegangen zu sein.

Anton Geiß hatte seine politische Heimat also in der SPD gefunden. Doch was war das für eine Partei, für die er sich nun in Baden engagierte? Die Sozialdemokratie war in den Jahren nach dem Ende des Sozialistengesetzes im Großherzogtum Baden noch eine kleinere Minderheitenpartei, die ihre Hochburgen in den industrialisierten Städten Mannheim und Pforzheim hatte. In ihrer praktischen Arbeit tendierte sie mehrheitlich schon in den 1890er Jahren zum Revisionismus Eduard Bernsteins, der sich nach 1900 mehr und mehr auch als programmatische Grundlage der Parteilinie etablierte. Das

bedeutete, dass die SPD in Baden nicht von einem zwangsläufigen Untergang der kapitalistischen Wirtschaftsordnung ausging, wie ihn die marxistische Theorie prognostizierte. Und demzufolge sah man auch geringe Chancen für die baldige Durchführung einer Revolution durch die Arbeiterklasse. Vielmehr wurde die bestehende Gesellschaftsordnung von der SPD zunächst einmal als gegeben akzeptiert. Deren letztendliche Überwindung sollte durch Reformen erreicht werden, die auf eine Demokratisierung und eine sozialere Gestaltung von Staat und Gesellschaft hinwirkten. Diese Reformen wollte die Partei auf demokratisch-parlamentarischem Weg verwirklichen. Erfolge bei Wahlen und die Zusammenarbeit mit anderen Parteien in den Parlamenten bildeten somit die Eckpfeiler der politischen Strategie der SPD in Baden.

Mit ihrer pragmatischen Ausrichtung erzielte die Partei durchaus beachtliche Erfolge. Auf der einen Seite konnte die Zahl der sozialdemokratischen Abgeordneten in der zweiten Kammer der badischen Landstände zwischen 1891 und 1909 von zwei auf 20 erhöht werden. Auf der anderen Seite gelang es der SPD, einige wichtige Reformziele zu erreichen. Nach jahrelangen Bemühungen wurde z.B. 1904 zusammen mit dem Zentrum eine demokratischere Ausgestaltung des Wahlrechts zur zweiten Kammer durchgesetzt. Die Kooperationsbereitschaft der SPD blieb jedoch nicht auf die Zusammenarbeit in einzelnen Sachfragen beschränkt. 1905 leiteten die Sozialdemokraten ein Bündnis mit den Nationalliberalen ein, das grundsätzlicher angelegt war: der sogenannte Großblock. Ausgangspunkt war das erste offizielle Stichwahlbündnis beider Parteien bei der Landtagswahl 1905, um eine drohende Mehrheit des Zentrums in der zweiten Kammer zu verhindern. Dieser letztlich sehr erfolgreiche Pakt erregte in ganz Deutschland großes Aufsehen. Vier Jahre später konnte der Großblock intensiviert werden, was zu einer koordinierten parlamentarischen Zusammenarbeit beider Parteien in vielen Bereichen führte. Mit diesem revisionistischen Kurs standen die badischen Genossen jedoch bis kurz vor dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges noch im Gegensatz zur offiziellen Linie der Gesamtpartei in Deutschland. Denn diese sah sich in ihrer Mehrheit im Widerspruch zum bestehenden Staat, lehnte den Revisionismus ab und hielt noch am theoretischen Konzept des Marxismus fest. Dieser Dissens führte vor dem Ersten Weltkrieg zu vielerlei innerparteilichen Konflikten. Dennoch wurde in Baden der reformistische Kurs auch noch

während des Ersten Weltkrieges beibehalten. Die SPD hoffte, durch dieses Entgegenkommen mit einer wirklichen Parlamentarisierung des Landes belohnt zu werden.

Anton Geiß tendierte wohl schon früh zum Revisionismus. Darauf lässt zumindest seine Nähe zu reformerisch orientierten Männern wie Franz Josef Erhardt in Ludwigshafen oder August Dreesbach schließen, dem in den 1890er Jahren führenden Genossen in Mannheim. Bis zum Ende seiner politischen Laufbahn sollte Geiß dieser Grundhaltung treu bleiben. Diese ideologische Nähe zu den Reformern in der Partei dürfte auch seine politische Karriere befördert haben. Wohl mit Unterstützung seines Mentors Dreesbach gelang Geiß in Mannheim ein schneller politischer Aufstieg: Schon 1893 wurde er in die Mannheimer Stadtverordnetenversammlung gewählt. 1896 gelang ihm der Einzug in den Stadtrat. Doch seine Karriere sollte schnell über Mannheim hinaus führen. Für die Landtagswahlen 1895 wurde Geiß von der SPD an Stelle des dem radikalen Flügel angehörenden Philipp August Rüdt als Kandidat nominiert. Zusammen mit Dreesbach errang Geiß die beiden Mannheimer Mandate und zog in die zweite Kammer der Landstände ein. Mit Ausnahme der Jahre zwischen 1903 und 1909 sollte er diesem Gremium bis 1921 angehören. Damit war Anton Geiß nur vier Jahre nach seiner Übersiedlung aus der Pfalz, in den erweiterten Führungskreis der SPD in Baden aufgestiegen.

Als Landtagsabgeordneter trat er aber zunächst wenig in Erscheinung. In einem Gremium, dessen Mitglieder meist akademisch gebildet waren, musste sich Geiß, der nur über einen Volksschulabschluss verfügte, anfangs als Außenseiter fühlen. Als er in einer Debatte um eine Petition dann spontan seine Jungfernrede vor dem Plenum hielt, hatte er auch gleich Lehrgeld zu bezahlen. Vom Zentrumsabgeordneten Theodor Wacker, genannt ‚Zähringer Löwe‘, und dem Nationalliberalen Kurt Schnetzler wurde Geiß heftig attackiert und konnte sich nur mit Unterstützung seines Fraktionskollegen Dreesbach aus der Affäre ziehen. Fortan ergriff er nur noch sehr gut vorbereitet das Wort. Er äußerte sich in den folgenden Jahren zu sozialpolitischen Themen, zu haushaltspolitischen Fragen, aber auch zu Problemen, die sein eigenes wirtschaftliches Betätigungsfeld als Gastwirt berührten. Dabei zeichneten sich seine Wortbeiträge durch Sachlichkeit aus und bewegten sich im Rahmen

der Argumentationsmuster, die bei einem gemäßigten Sozialdemokraten zu erwarten waren. Programmatische Neuansätze gingen von Geiß nicht aus, waren aufgrund seiner Vorbildung aber auch nicht zu erwarten. Allerdings erwies er sich im Plenum wie in den Ausschüssen wohl als konzilianter Gesprächs- und Verhandlungspartner, der sich gerade durch seine verbindliche Art auch beim politischen Gegner Ansehen erwarb. Dies war eine Fähigkeit, die seine ganze politische Laufbahn prägen sollte und die ihn offensichtlich schon früh auszeichnete. So konzidierte der Mannheimer Oberbürgermeister Otto Beck dem Ratsmitglied Geiß schon 1903, dass er im Stadtrat „durch ruhige, versöhnliche Geltendmachung [seiner] Ansichten bei auftretenden Meinungsverschiedenheiten in vermittelnder Weise oft zur ersprießlichen Erledigung der Gemeindeangelegenheiten beigetragen“ habe. Mit derartigen Qualitäten ausgestattet war Geiß geradezu prädestiniert dazu, in der badischen SPD im Jahrzehnt vor dem Ersten Weltkrieg eine führende Rolle einzunehmen. Schließlich erforderte die Kooperation mit anderen politischen Parteien im Landtag neben Kompromissfähigkeit in der Sache naturgemäß auch eine gewisse Konzilianz im persönlichen Umgang. War auf sozialdemokratischer Seite Wilhelm Kolb der Spiritus Rector und Macher des Großblocks mit den Nationalliberalen, so fiel Geiß, der 1908 Landesvorsitzender der Partei geworden war, die Aufgabe der Repräsentation zu. 1909 wurde er zum ersten Vizepräsidenten der zweiten Kammer gewählt, und er sollte deren Präsidium bis zur Revolution 1918 angehören.

Der Vizepräsident des Landtages

Ein Amt im Präsidium des Landtags war für einen Sozialdemokraten in der damaligen Zeit Lust und Last zugleich: Lust weil als es den Inhaber heraushob aus der Masse der Abgeordneten und er gewissermaßen die politische Bedeutung seiner Partei personifizierte. Last weil dies protokollarische Verpflichtungen mit sich brachte, die für einen Sozialdemokraten nicht leicht zu erfüllen waren. Dazu zählte vor allem die Teilnahme an Audienzen und Empfängen bei Hof. Von der SPD im Reich wurden derartige „Hofgänge“ aus ideologischen Gründen strikt abgelehnt, weshalb man im Reichstag auf herausgehobene Parlamentsämter verzichtete. Im Erscheinen bei Hofe sah die offizielle Parteilinie eine Demütigung der Arbeiterbewegung, deren Stolz es sein müsse, sich nicht

vor dem monarchischen Staatsoberhaupt zu beugen. Auch Anton Geiß tat sich anfangs schwer mit dem Gang an den großherzoglichen Hof. Doch für die Revisionisten in Baden war dies ein Mittel, um den Anspruch der Arbeiterbewegung auf Gleichberechtigung mit den anderen politischen Parteien zu demonstrieren. Schließlich musste der Großherzog bei offiziellen Anlässen ihre Vertreter ja auch empfangen. Geiß selbst rechtfertigte seine Hofgänge damit, dass er dabei als Vizepräsident des Landtages und nicht als Mitglied einer Partei agiere und es deshalb unumgänglich sei, an solchen offiziellen Anlässen teilzunehmen, dies sei letztlich eine „Selbstverständlichkeit“. Zudem glaubte er bemerkt zu haben, dass, ich zitiere aus seinen Erinnerungen, „mein Erscheinen dem Großherzog auch keine Freude bereitet hatte. Aber auch der Großherzog wußte sich damit abzufinden, ebenso wie ich auch“. Die Kritik der Gesamtpartei an solchen Hofgängen und an der fortwährenden Bewilligung des Landeshaushalts seitens der badischen SPD fiel gerade unter dem Eindruck der Großblockpolitik heftig aus. Besonders auf dem Parteitag in Magdeburg 1910 geißelte August Bebel das Verhalten der badischen Genossen in diesen Fragen und griff dabei auch Anton Geiß persönlich an.

Die SPD in Baden ignorierte diese Kritik weitgehend und die Hofgänge führender Genossen wurden mehr und mehr zur Normalität. Während des Ersten Weltkrieges intensivierte sich die Integration der Partei in den bestehenden Staat noch weiter. Deutlich wird dies an einem Beispiel, in dem Anton Geiß als Vizepräsident der zweiten Kammer die Hauptrolle spielte. Als am 4. Februar 1915 die erste Sitzung des Landtags seit dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges stattfand, musste Geiß erstmals für den schon länger erkrankten Parlamentspräsidenten Rohrhurst die Sitzung der Kammer leiten. Neben einer Trauerrede für gefallene Parlamentsmitglieder beinhaltete dies auch die Verpflichtung am Ende der Sitzung ein „Hoch“ auf den Großherzog auszubringen. Dies war nun natürlich mehr als die Adaption gesellschaftlicher Umgangsformen, wie man noch die Hofgänge interpretieren konnte. Dies kam einer Loyalitätsbekundung gleich. Geiß war sich dieser Problematik wohl bewusst und zögerte. Die Nationalliberalen drängten ihn aus innenpolitischen Gründen, sich nicht zu verweigern und seine Parteigenossen erteilten Geiß angeblich freie Hand: Was er tue, sei ja seine Verantwortung. Doch diese Aussagen von Geiß in seinen Erinnerungen sind wohl mit Vorsicht zu genießen. Vielmehr dürfte die Parteispitze eine Zustimmung von Geiß erwartet haben. Denn als dieser schließlich die

Sitzung mit den Worten schloss: „Großherzog Friedrich, unser deutsches Vaterland, unsere badische Heimat, sie leben hoch, hoch, hoch“, kam damit nicht nur die persönliche Haltung von Anton Geiß zum Ausdruck, sondern dies dokumentierte die generelle Linie der SPD in Baden. Schließlich interpretierte die Partei den Krieg als Verteidigungskrieg, bewilligte auf diesem und den folgenden Kriegslandtagen der Regierung die nötigen Kredite und hielt sich an die Burgfriedenspolitik. Das „Hoch“ des Vizepräsidenten Geiß brachte somit öffentlich zum Ausdruck, dass die SPD den Staat mitsamt monarchischer Spitze akzeptierte. Nicht umsonst hatten Zeitgenossen mitunter spöttisch von der „großherzoglich-badischen Sozialdemokratie“ gesprochen.

Bei derart schwindenden Berührungängsten verwundert es nicht, dass Geiß auch noch einen Orden aus der Hand des Großherzogs annahm. Anlässlich der 100 Jahr-Feier der badischen Verfassung im August 1918 wurde ihm das Ritterkreuz 1. Klasse vom Orden des Zähringer Löwen für sein Wirken für das Allgemeinwohl verliehen.

Der Umsturz

Auf Grund der bisher skizzierten Entwicklung kann es nicht überraschen, dass weder die SPD noch Anton Geiß gegen Ende des Ersten Weltkrieges einen revolutionären Umsturz der staatlichen Verhältnisse in Baden anstrebten. Beide erkannten jedoch die Gefahr, dass mit zunehmender Dauer des Krieges und der sich zuspitzenden Versorgungslage gewaltsame Auseinandersetzungen im Innern des Reiches drohten. Beim Empfang im Schloss anlässlich des Verfassungsjubiläums nutzte Geiß die Gelegenheit, um gegenüber dem Großherzog offen die politische Lage im Land anzusprechen und ihm „die Stimmung, welche das Volk im allgemeinen und insbesondere über den Krieg und seine Begleiterscheinungen beherrschte“, näher zu bringen. Dabei betonte er, dass der Friedenswille in der Bevölkerung groß sei und man dort endlich Taten in Bezug auf ein Ende des Krieges sehen wollte. Der Großherzog gab zwar seiner Hoffnung auf baldigen Frieden Ausdruck, ansonsten mahnte er jedoch nur zur Geduld. Der hier zu Tage tretende Hang zur dilatorischen Behandlung drängender politischer Fragen wurde zur Grundhaltung der großherzoglichen Regierung in den letzten Kriegsmonaten. Selbst als in Berlin im Oktober 1918 unter Reichskanzler Prinz Max von Baden eine parlamentarische Demokratie

errichtet wurde, behandelte Staatsminister von Bodman in Karlsruhe Forderungen der SPD nach politischen Reformen inhaltend. Als der Minister sich Anfang November endlich entschloss, den Weg zur Parlamentarisierung des politischen Systems einzuschlagen, war es zu spät.

Am 9. November 1918 erfasste die Revolution in Deutschland auch das Großherzogtum Baden. Soldaten- und später Arbeiterräte ergriffen die Macht. Um die politische Entwicklung wieder in den Griff zu bekommen, einigten sich die badischen Parteien mit dem Karlsruher Soldatenrat aber bereits am 10. November im Karlsruher Rathaus auf eine neue provisorische Regierung, die nicht vom Großherzog eingesetzt wurde, sondern ihre Legitimation aus der Revolution selbst zog. Von sozialdemokratischer Seite wurde diese Regierungsbildung durch Ludwig Marum betrieben, der in den vorangegangenen Jahren immer mehr in eine Führungsrolle in der SPD hineingewachsen war. Anton Geiß selbst war an den Vorgängen in Karlsruhe nicht beteiligt und erfuhr davon zu Hause in Mannheim. Ich möchte die entsprechende Passage seiner Erinnerungen hier gekürzt zitieren:

„Am Sonntag, den 10. Nov[em]ber nachmittags ½ 3 Uhr kam ein mir unbekannter Mann und sagte: ‚Herr Geiß, ich gratuliere Ihnen, Sie sind in Karlsruhe zum Ministerpräsidenten bestimmt worden, soeben hat es mir ein guter Freund aus Karlsruhe telefoniert‘. Ich sagte diesem Mann: ‚Ich glaube, Sie sind verrückt oder Sie wollen mich zum besten halten‘. [...] Zwei Stunden später kam ein anderer Mann und brachte mir ein Telegramm folgenden Inhalts: Komme Du sofort nach Karlsruhe. Du bist Ministerpräsident. Marum [...] Meiner lieben Frau hatte dieses Telegramm sehr auf die Nerven geschlagen, sie erhob energisch Protest dagegen, daß ich diesen Posten annahm, lieber lasse sie sich scheiden, erklärte sie kategorisch. ‚Was sollte ich als alleinstehende Frau dann dastehen und das Geschäft führen? [...].

Am anderen Tage, Montag den 11. Nov[em]ber in Karlsruhe angekommen, erfuhr ich, daß meine Ministerkollegen ihre Ministerien bereits übernommen hätten. Meine[r] Erklärung, daß ich das Amt des Ministerpräsidenten nicht übernehmen [werde], wurde [...] erwidert: ‚Das wäre noch schöner, wenn Sie sich drücken wollten, wir müssen auch da hin.‘ [...]. Wenn auch mit schwerem Herzen mußte ich mich fügen, denn ich sah nun selbst ein, daß es da kein Ausweichen mehr gab.“

Diese Passage macht deutlich, in welchem Zwiespalt sich Anton Geiß zumindest subjektiv befand: Auf der einen Seite standen die Forderungen an den Staatsbürger und Sozialdemokraten, der sich dem Gemeinwohl verpflichtet fühlte. Hinzu kam wohl auch die Faszination, ein derart wichtiges Amt übernehmen zu können. Allerdings stand dem auch einiges entgegen: die Verpflichtung gegenüber der eigenen Familie und deren wirtschaftlichem Überleben gepaart mit der Geiß eigenen Bescheidenheit und seinen Zweifeln, ob er selbst einer derartigen Aufgabe gerecht werden könne sowie mit der Furcht vor der Last der Verantwortung. Objektiv betrachtet macht diese Passage deutlich, dass Geiß hier vor allem ein Getriebener war, der sich letztlich dem fügen musste, was andere für ihn entschieden hatten.

Der Chef der provisorischen Regierung

Wenngleich die politische Lage für die neue Regierung anfangs undurchsichtig und ihre Stellung machtpolitisch unsicher war, so brachte für Geiß und die SPD die Revolution auch ein Stück weit die Erfüllung der eigenen Ziele. Die Partei stand nun an der Spitze einer Koalition mit der USPD, dem Zentrum und den Liberalen und konnte die Zukunft des Landes entscheidend mitgestalten. Dass Geiß bei einer solchen Konstellation Ministerpräsident wurde, war nicht zwingend, kam aber aufgrund seiner integrativen Fähigkeiten auch nicht überraschend. Von allen anderen Partnern mit Ausnahme der USPD wurde er geschätzt und geachtet. Seine Aufgaben sollten in der Leitung der Regierung und in der Repräsentation des Staates bestehen, ein eigenes Ministerium führte Anton Geiß zunächst nicht. Eine derartige Position in einer Mehrparteienkoalition einzunehmen, zwingt den Amtsinhaber natürlich dazu, die Interessen der eigenen Partei im Zweifelsfall hintanzustellen, um die Regierung nicht in Turbulenzen zu stürzen. Geiß hat dies stets beherzigt. So trug er z.B. im Februar 1919 maßgeblich dazu bei, einen heftigen Zwist zwischen Zentrum und SPD in der Regierung entschärfen, der sich an unglücklichen öffentlichen Äußerungen seines Parteifreundes, des Verkehrsministers Rückert entzündet hatte und in dessen Verlauf das Zentrum gar mit Rückzug aus der provisorischen Regierung drohte.

Seiner ersten delikaten Aufgabe als Regierungschef hatte sich Anton Geiß aber schon wenige Tage nach Amtsantritt zu stellen. Nachdem am 9. November in Berlin die Republik ausgerufen worden war, konnte auch in Baden die Monarchie nicht mehr bestehen bleiben. Der Großherzog wollte jedoch nicht abdanken. Die Regierung wiederum schreckte davor zurück, ihn gewaltsam zu stürzen, aus Furcht, die mehrheitlich monarchistisch gesonnene Beamtenschaft könnte ihr die unbedingt notwendige Unterstützung danach verweigern. Zusammen mit seinem Amtsvorgänger von Bodman als Vermittler reiste Geiß deshalb am 13. November nach Zwingenberg, wohin der Großherzog mit Familie wenige Tage zuvor geflohen war, um diesen zum Thronverzicht zu bewegen. Die Begegnung mit dem Monarchen muss für beide Seiten ergreifend und belastend zugleich gewesen sein. Die beiden Herren aus Karlsruhe waren jedenfalls froh, als sie ihre Mission beim Großherzog hinter sich hatten. Das Ergebnis des Besuchs konnte die neue Regierung aber nur teilweise befriedigen. Der Großherzog entband zwar die Beamten von ihrem Treueeid und löste somit wenigstens das vordringlichste Problem der neuen Regierung. Er verzichtete aber nur auf die Ausübung der Regierungswalt. Erst am 22. November dankte er endgültig ab.

Nun war der Weg frei für den Aufbau eines neuen Staatswesens. In der Tradition der eigenen revisionistischen Politik vor der Revolution verfolgten Geiß und seine Partei das Ziel, eine parlamentarische Demokratie zu errichten. Von einer Räterepublik hielt Anton Geiß nichts. Das Beispiel Russlands diente wohl auch ihm als warnendes Menetekel und die direkte Berührung mit den Soldatenräten in Karlsruhe im November 1918 bestärkte ihn in dem Schluss, dass „auf diese Leute absolut kein Verlaß sei“. Dementsprechend lehnte er im Februar 1919 ein Nachgeben gegenüber linken Kräften in der Rätebewegung ab, die in Mannheim einen Putschversuch unternommen hatten. Die zugleich in Karlsruhe aufflackernden Unruhen vermochte er mit einer Mischung aus Konzilianz und Härte zu beruhigen.

Als am 15. Januar 1919 die wenige Tage zuvor gewählte badische Nationalversammlung zusammentrat, um eine neue Landesverfassung auszuarbeiten, markierte dies den Beginn der parlamentarischen Demokratie in Baden. An diesem Tag erlebte Anton Geiß als Regierungschef seinen größten Moment. In einer beeindruckenden Rede eröffnete er die Versammlung. Seine Ansprache war ein Bekenntnis zur parlamentarischen und sozialen Demokratie im Reich und im Land, zur territorialen Unveränderbarkeit Badens, eine Rede,

in der er auf die schwierigen Verhältnisse verwies, in denen sich Baden und Deutschland nach dem verlorenen Krieg befanden. Dabei umriss Geiß aber auch die nächsten Aufgaben der Nationalversammlung und fand den richtigen Ton, um für den unausweichlichen Neuanfang zu werben:

Für diese Ansprache erntete Geiß Anerkennung von allen Seiten, was ihn noch Jahre später mit Stolz erfüllte. Diese Rede trug auch nicht unwesentlich dazu bei, dass sich Geiß immer mehr zum unverzichtbaren Element der Regierungspolitik entwickelte, zum, wie er es selbst formulierte, „Schlußstein des bestehenden Koalitionsgewölbes“.

Als die Amtszeit der provisorischen Regierung mit der Verabschiedung der Verfassung Ende März 1919 ablief, SPD, Zentrum und die liberale DDP ihre Koalition aber fortsetzen wollten, sollte daher auch Geiß der Regierung weiterhin vorstehen und das Amt des Staatspräsidenten übernehmen. Selbst Prälat Schofer, der Führer des Zentrums, bedrängte den eigentlich zum Rückzug von der Regierungsspitze entschlossenen Ministerpräsidenten in einer privaten Unterredung, weiterhin zur Verfügung zu stehen: Nur er sei für das Zentrum in dieser Position akzeptabel, da nur er unter den Führern der SPD über die nötige Lebenserfahrung und Bekanntheit im Lande verfüge, zudem habe er diese Funktion bislang schon zur Zufriedenheit aller ausgefüllt. Geiß gab letztlich nach. Wie wichtig den Parteien diese Personalentscheidung war, zeigt sich nicht zuletzt daran, dass man Anfang April 1919 das bereits aufgehobene Ministerium für militärische Angelegenheiten wiedererstellen ließ und Geiß' Leitung unterstellte. Denn gemäß der nun geltenden Verfassung konnte nur ein amtierender Ressortminister Staatspräsident werden. Insgesamt zwei Mal, am 2. April 1919 und am 26. März 1920, wurde Anton Geiß vom Landtag zum Staatspräsidenten gewählt, dessen Amtszeit nach der Verfassung ein Jahr dauerte.

Der badische Staatspräsident

Als badischer Staatspräsident führte Geiß zwar den Vorsitz in der Regierung, doch seine Amtsgewalt enthielt keine Richtlinienkompetenz wie die heutiger Ministerpräsidenten. Im Verhältnis zu seinen Ministern war er nur primus inter pares. Als badischer Staatspräsident entwickelte der gebürtige Allgäuer Anton Geiß aber einen durchaus eigenen Stil. Wie sein

Kabinettschef Heinrich Köhler berichtet, war Geiß weniger ein Arbeiter am Schreibtisch. Seine Stärken und Vorlieben lagen eher in der Begegnung mit Menschen und in seinem Bemühen, diese für den neuen Volksstaat zu gewinnen. Diesem Ziel waren seine Reisen durch beinahe alle Ämter des Landes gewidmet, die Geiß gemeinsam mit Köhler 1919 unternahm. Dabei beleuchtete er jeweils in einem Vortrag vor lokalen Honoratioren und Bürgern die politische und wirtschaftliche Lage des Landes und warb für die neue demokratische Ordnung. Anschließend konnten die Anwesenden auch Beschwerden vorbringen, die später an die betreffenden Minister weiter geleitet wurden, nicht immer unbedingt zu deren Freude. Wenngleich Geiß besonders in protestantischen ländlichen Gegenden auch Ablehnung und Widerspruch entgegenschlug, so empfanden es doch die meisten Teilnehmer dieser Veranstaltungen offenbar als eine Ehre, dass sich die neue Regierung um Kontakt mit ihnen bemühte.

Darüber hinaus suchte Geiß bewusst auch Kontakt zu Menschen in schwierigen Lebenssituationen. Er besuchte vielfach Lazarette, begrüßte heimkehrende Kriegsgefangene und Verwundetenzüge, die den Bahnhof Karlsruhe passierten. Dies waren Termine, die den Politiker Geiß meist mit unsäglichem Leid und Schmerz konfrontierten und ihn auch persönlich belasteten. Schließlich konnte die badische Regierung aufgrund der eigenen begrenzten Ressourcen bzw. wegen fehlender Zuständigkeit nur wenig zur Linderung dieser Not beitragen.

Die Repräsentationspflichten eines Staatspräsidenten hatten jedoch auch zu Beginn der Weimarer Republik ihre schönen Seiten. Ein Höhepunkt in der Amtszeit von Anton Geiß war sicherlich der Besuch des Reichspräsidenten Friedrich Ebert am 29. August 1919 in Karlsruhe und Baden-Baden. Zu diesem Anlass kam erstmals nach den Kriegsjahren wieder etwas Glanz in die badische Landeshauptstadt, wenngleich der Besuch schlichter als vergleichbare Ereignisse zur Zeit der Monarchie gestaltet wurde. Ohnehin tat sich Anton Geiß schwer mit Glanz und Prunk. Seit der Übernahme des Staatspräsidentenamtes wohnte er in einem repräsentativen Haus am Schlossplatz, das mit Möbeln aus den Schlössern Karlsruhe und Mannheim eingerichtet worden war. Doch er und seine Frau hatten „stets ein Gefühl des Fremden und Ungewohnten“ und sehnten sich nach ihrem einfachen Zuhause in Mannheim.

Neben seinen repräsentativen Pflichten und der Leitung der täglichen Regierungsarbeit beeinflussten zwei Politikfelder die Präsidentschaft von Anton Geiß in erheblichem Maße. Das eine betraf den Abschluss des Friedensvertrages mit den Alliierten bzw. das Verhältnis zum neuen badischen Nachbarn Frankreich. Die von den Siegern des Krieges Anfang Mai 1919 der deutschen Seite bekannt gemachten Friedensbedingungen versetzten auch Anton Geiß einen Schock. Wie fast die gesamte politische Klasse in Deutschland wertete er im Landtag am 16. Mai diese Bedingungen als Knebel, der das deutsche Volk in „den Zustand völliger Knechtschaft“ führen sollte. Besonders die Bestimmungen für Baden empfand er als unerträglich: einmal die 50 km breite entmilitarisierte Zone östlich des Rheins, aber auch die auf 15 Jahre terminierte Besetzung Kehls und des Hanauerlandes durch Frankreich, die bereits am 29. Januar 1919 begonnen hatte. Diesen Frieden erklärte er für „unannehmbar“. Darüber hinaus forderte er eine künftige europäische Friedensordnung, die dem demokratischen Deutschland Gleichberechtigung gewährte und keinen Völkerbund, vor „dessen Toren das deutsche Volk als Bittsteller stehen soll“. Im Gegensatz zu vielen konservativen Politikern vor allem in Preußen erkannte Anton Geiß jedoch in den folgenden Wochen, dass die Annahme des alliierten Friedensdiktats unvermeidlich war. Dabei spielte die Furcht vor einem Einmarsch der Westmächte in Deutschland eine große Rolle. Denn dieser drohte bei einer Ablehnung der Friedensbedingungen und insbesondere die westdeutschen Gebiete wären davon betroffen gewesen. Am 19. Juni gab Geiß daher die badische Stimme im Staatenhaus in Weimar für die Annahme des Versailler Vertrages ab und verteidigte die Zustimmung von Reichsregierung und Reichstag zu diesem Kontrakt wenige Tage später vor dem Karlsruher Landtag.

Auf der Grundlage dieses Friedensvertrages hatte Baden nun das nachbarschaftliche Verhältnis zu Frankreich zu gestalten. Ein besonders problematischer Punkt hierbei war in Geiß' Amtszeit die schon erwähnte Besetzung Kehls und des Hanauerlandes. Auf Seiten der badischen Regierung fürchtete man, Frankreich könnte versuchen, dieses Gebiet in einem schleichenden Prozess von Deutschland abzutrennen. Diese Sorge wurde dadurch bestärkt, dass der direkte Kontakt in das besetzte Gebiet für die badische Regierung kaum möglich war. So gelang es erst nach monatelangen Bemühungen, von den Franzosen die Erlaubnis für den Besuch einer Regierungsdelegation nach Kehl zu erhalten. Begleitet von mehreren Minister reiste Geiß am 23. Februar 1920 in die badische Grenzstadt. Die Visite

sollte der Bevölkerung signalisieren, dass die badische Regierung sie nicht vergessen hatte. Zudem wollte man die Sorgen und Nöte der Menschen anhören und ihnen wenn möglich Linderung verschaffen. Letzterem diente eine Unterredung mit dem französischen General Biesse, der im Brückenkopf Kehl das Kommando innehatte. Diese Begegnung verlief jedoch für die badische Seite äußerst unbefriedigend, da die deutschen Vertreter zum einen keinerlei Erleichterungen für ihre Mitbürger erreichen konnten. Darüber hinaus wurden sie von Biesse derart schroff und brüsk behandelt, dass dafür auch in Zukunft wenig Hoffnung bestand. Bei Geiß rief die Erinnerung an dieses Gespräch noch nach Jahren Empörung hervor. Neben der Verärgerung über den unfreundlichen General schwang bei ihm dabei vielleicht auch die Enttäuschung darüber mit, in einem ihm wichtigen Punkt kaum etwas erreicht zu haben.

Das zweite für Anton Geiß wichtige Politikfeld war seine Tätigkeit als Minister für militärische Angelegenheiten. Anfang Januar 1919 hatte die provisorische Regierung beschlossen, Freiwilligenverbände aufzustellen, die für Ruhe und Ordnung im Land und für den Schutz von Regierung und Nationalversammlung sorgen sollten. Geiß bemühte sich im Rahmen der Formierung und der Unterhaltung dieser Truppen um intensiven Kontakt zu den Mannschaften wie zu den Offizieren. Sein Ziel war es, in die neuen Verbände einen demokratischen Geist einziehen zu lassen, ein kameradschaftliches Verhältnis zwischen Offizieren und Mannschaften zu fördern, um so die autoritären Traditionen der preußischen Armee zu überwinden. Dem galten die zahlreichen Inspektionsreisen zu den Truppen, bei denen der „ungediente“ Geiß Verständnis für deren Sorgen und Bedürfnisse bekundete und gegenüber den Militärs wohl den richtigen Ton fand. Geiß Vorstellungen wurden allerdings nach der Überführung der badischen Verbände in die Reichswehr im Laufe des Jahres 1919 hinfällig. Die Reichswehrführung öffnete sich solchen Gedanken nicht. Andererseits sollte sich das Engagement des Staatspräsidenten dennoch auszahlen. Denn während seiner Zuständigkeit für den militärischen Bereich hatte Geiß auch enge Beziehungen zum Landeskommandanten Julius von Davans geknüpft, dem höchstrangigen Offizier in Baden. Als Mitte März 1920 der Kapp-Lüttwitz-Putsch Deutschland erschütterte, konnte er auf diese Verbindung zurückgreifen. Kaum war die Kunde vom Umsturzversuch konservativ-reaktionärer Kreise in Berlin nach Karlsruhe gedrungen, ließ Geiß den Landeskommandanten sowie dessen Stellvertreter einzeln zu sich kommen. Beide Offiziere versicherten

der badischen Regierung sofort ihre Loyalität. Noch am selben Tag konnte dies auf Plakaten publik gemacht werden, was sicherlich erheblich zur Beruhigung im Lande beitrug.

Am 4. August 1920 trat Anton Geiß als Staatspräsident auf eigenen Wunsch zurück. Die Gründe für diesen Verzicht lagen nach seinen eigenen Angaben in der Bürde, die das Amt für ihn bedeutete. Vor allem belastete ihn offensichtlich die Kritik aus den eigenen Reihen, wenn er seinem Amtsverständnis gemäß im Kabinett keine rein sozialdemokratische Position, sondern eine vermittelnde Rolle einnahm. Dass man Geiß nun ziehen ließ, hing mit der veränderten politischen Gesamtsituation zusammen. Die Reichstagswahlen am 6. Juni 1920 hatten der SPD auch in Baden erhebliche Verluste beschert, was zu einer Umbildung der badischen Landesregierung führte und dem Zentrum das Amt des Staatspräsidenten einbrachte. Mit Ablauf der Legislaturperiode im November 1921 schied Geiß auch aus dem Landtag aus. Damit endete die politische Karriere eines Mannes, der über die eigenen Parteigrenzen hinweg Ansehen und Respekt genoss.

Feinde und Gegner

Das heißt jedoch nicht, dass Anton Geiß während seiner Laufbahn nicht auch politische Gegner und Feinde gehabt hätte. Auf sie möchte ich abschließend noch kurz eingehen. In der politischen Auseinandersetzung wurde Geiß natürlich von den Mitgliedern und Anhängern der anderen Parteien angegriffen und kritisiert. Seine härtesten Widersacher kamen aber aus dem eigenen Lager. Vor allem der gerade in Mannheim starke linke Flügel der SPD stand dem Revisionisten Geiß kritisch gegenüber. 1902 führte dies beinahe zum frühzeitigen Ende seiner Karriere. In den Jahren um 1900 hatte der linke Flügel in der SPD immer wieder die eigenen Abgeordneten der Landtags- und der Stadtratsfraktion von Mannheim heftig kritisiert. Den Radikalen waren deren Erfolge für die Sache der Arbeiterbewegung zu spärlich. Für Geiß brachte schließlich eine Versammlung das Fass zum Überlaufen, in der die anwesenden Parteigenossen die neuerlichen Anwürfe des linken Flügels widerspruchslos hinnahmen. Geiß fühlte sich brüskiert und legte in der Folge alle Parteiämter nieder und ließ sein Landtags wie auch sein Stadtratsmandat auslaufen. Zudem verlegte er seinen Wohnsitz in die Pfalz zurück, in den Ludwigshafener Vorort

Mundenheim. Wenngleich dieses Exil nur zwei Jahre dauern sollte und Geiß ab 1907 umso schneller in der Partei wieder Karriere machte, so blieb doch das gespannte Verhältnis zum linken Flügel fortan bestehen. Als 1918 die provisorische Regierung zusammengestellt wurde, hatte die USPD denn auch als einzige Partei Vorbehalte gegen einen Regierungschef Geiß.

Die schwersten Anfeindungen erfuhr Anton Geiß jedoch erst nach seinem Rücktritt als Staatspräsident 1920. Damals musste er sich einer Pressekampagne erwehren, die von der SPD-Zeitung „Die Volksstimme“ in Mannheim und deren Redakteur Heinrich Harpuder initiiert wurde. Ob dies aus politischen, sachlichen oder persönlichen Gründen geschah, lässt sich anhand der Quellen nicht klären. Gegenstand war jedenfalls die dem Staatspräsidenten Geiß vom Landtag bei seinem Abschied bewilligte Pension von 50 % seines Grundgehaltes. Da laut Verfassung eine Pension für Minister und Präsidenten nicht vorgesehen war und nur auf besonderen Beschluss des Landtags erfolgen konnte, entspann sich eine intensive publizistische Auseinandersetzung über die sittliche Statthaftigkeit einer solchen Pensionsbewilligung. Wenngleich die damalige Debatte heute etwas seltsam anmutet, so überschattete diese Diskussion doch den Rückzug des Staatspräsidenten. Bei Anton Geiß selbst blieb ein Gefühl der Verbitterung zurück, da sich seiner Ansicht nach zu wenige seiner Parteifreunde für ihn stark gemacht hätten.

Seinen Lebensabend verbrachte Anton Geiß zunächst in Mannheim, bevor er 1933 mit seiner Frau in ein Altersheim nach Schriesheim übersiedelte. Von den Nationalsozialisten blieb er weitgehend unbehelligt, nur seine Pension als Staatspräsident wurde ihm schon 1933 gestrichen. Er starb schließlich im Alter von 85 Jahren 1944 in Schriesheim.

Will man ein Fazit über das politische Wirken von Anton Geiß ziehen, so ist seine Karriere sicherlich als beeindruckend zu bezeichnen: Aus einfachen Verhältnissen kommend hat er sich bis an die Spitze des badischen Staates hochgearbeitet, ohne dass bei ihm ein besonderer Drang zur Macht erkennbar gewesen wäre. Vielfach scheint es eher so, als sei er einer der letztlich wohl nicht allzu zahlreichen Menschen, die sich um der Sache Willen für etwas einsetzen und die das Glück haben, für diesen Einsatz von ihrer Umwelt mit Respekt, Förderung und Anerkennung belohnt zu werden. Sein größtes Verdienst bestand sicherlich darin, dass er das Amt eines Minister- und Staatspräsidenten in der schwierigen

Übergangsphase von der Monarchie zur Republik geradezu ideal ausfüllte und damit nicht unwesentlich zur politischen Stabilität im Lande beitrug. Sehr schön veranschaulicht dies die Charakterisierung von Marianne Weber, Abgeordnete der DDP in der badischen Nationalversammlung, die im Zusammenhang mit seiner Rede bei der Eröffnung der Versammlung in ihren Erinnerungen schreibt: „Jeder im Saal spürte seine vaterländische Gesinnung, seinen Willen zu überparteilichem Dienst am Ganzen, aber auch seine politische Klugheit, das Augenmaß für das jetzt und hier Mögliche. Seine stattliche Erscheinung war von schlichter Würde, ganz ohne Eitelkeit und Machtgier. Dieser Mann war nicht erfolgsberauscht, er kannte sein Maß, er blieb in innerer Selbstbescheidung und Sicherheit der, der er war: Vertrauensmann der Arbeiterschaft und nunmehr auch anderer Kreise, der seine Gefolgschaft nicht durch dogmatische Künste, sondern durch Sachlichkeit, Uneigennützigkeit, Wohlwollen erwarb.“

Dass der demokratische Staat, zu dessen Errichtung Anton Geiß aus Überzeugung mit beigetragen hatte, sich letztlich als nicht stark genug erwies, um den Angriffen der Radikalen von rechts und links zu widerstehen, darin liegt wohl die historische Tragik auch seines politischen Wirkens.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit

Eine Diskussion wurde aus technischen Gründen nicht aufgenommen.